

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 3

Artikel: Ernste Fragen sozialistischer Agrarpolitik
Autor: Marbach, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330225>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden die Bürgerlichen, wenn sie zurzeit den Genossen Klöti oder einen andern Genossen nicht im Bundesrat haben wollen, trotz einem sozialdemokratischen Parteitagsbeschluß, der die Bereitwilligkeit ausspricht, uns am Bundesrat zu beteiligen, *um Argumente nicht verlegen sein, um unsere «Mitarbeit» abzulehnen*. Sie werden unser Programm hervorziehen, sie werden eine Aenderung in der Stellung zur Landesverteidigung, zum Klassenkampf usw. fordern. Sollte es da vermieden werden können, daß es nicht auch Gläubige gibt, die bereit sind, Programmänderungen vorzunehmen, nur damit endlich ein Genosse in den Bundesrat einziehen kann? Ich fürchte sehr, daß es verschiedene naive Gemüter auf diesem Gebiete gibt. *Wir haben also keine Ursache, uns nach bürgerlichen Vorwürfen zu orientieren*. Sondern wir beziehen unsere Stellung von unsern Zielen und Idealen aus. Wir rechnen mit den tatsächlichen Machtverhältnissen und tun alles, um diese Machtverhältnisse zu ändern. Das geschieht aber am sichersten und schnellsten dadurch, daß wir alle Illusionen zerstören, die den Glauben erwecken könnten, daß die Arbeiterklasse je auf einem andern Wege wesentliche Fortschritte erzielt als durch ihre eigene Kraft. *Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse wird ihr ureigenstes Werk sein*. Der Kampf um die Eroberung der politischen Macht ist mit Opfern verbunden. Aber er wird zum Ziele führen, denn die ganze wirtschaftliche Entwicklung geht in der Richtung des Sozialismus. Deshalb wollen wir an der englischen Arbeiterpartei ein Vorbild nehmen und wollen zum mindesten bestimmte Sicherungen verlangen, bevor wir einzelne tüchtige Parteigenossen in den Bundesrat hineinschicken.

Ernste Fragen sozialistischer Agrarpolitik.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

Die «Rote Revue» hat mir im März dieses Jahres Gelegenheit gegeben, meine theoretischen Ansichten zur schweizerischen Landwirtschaftsfrage auseinanderzusetzen. Ich habe damals nachzuweisen versucht, daß die landwirtschaftliche Krise in hohem Maße Folge der Unterkonsumtionsfähigkeit bedeutender Volksschichten sei*, daß eine materielle Besserstel-

* Diese Wahrheit dringt jetzt in Deutschland auch bei Großindustriellen durch. So erklärte z. B. Dr. Heilner, Generaldirektor des Linoleum-Trusts, an der Düsseldorfer Industrietagung: Wichtiger als Zollschatz ist für die deutsche Landwirtschaft, die sich auf intensive Produktion verfeinerter Produkte immer mehr einstellt, ein wirklich kaufkräftiger Markt. Nur eine erhebliche Erhöhung der Kaufkraft der Massen... sichert der Landwirtschaft die Rentabilität.

lung der Arbeiterschaft sich in erster Linie auf dem Markt landwirtschaftlicher Produkte bemerkbar machen müßte. Weiterhin versuchte ich nachzuweisen, daß die herkömmliche Bauernpolitik *auf die Dauer* dem Bauern nicht helfen könne, solange Preiserhöhungen der Agrarprodukte nichts anderes bedeuten als eine «Konvertierung von Zinsfußlasten in eine Kapitalhöhebelastung», respektive solange ein bäuerlicher Mehrerlös auf dem Kapitalisationswege zu übersetzten Güterpreisen führe.

Der kritische Punkt der ganzen Agrarfrage hat sich seit dem Frühling keineswegs verschoben, und man wird immer und immer wieder nach einer Lösung der erwähnten, für den Bauern und den Arbeiter kapitalen Kapitalisationsfrage suchen müssen. Es ist anzunehmen, daß in dieser Hinsicht verschiedene Ansichten in der Partei nicht bestehen. In dieser theoretischen Hauptfrage ist man sich einig.

Nicht ganz einig aber ist man sich in bezug auf die *praktische* Politik in der Agrarfrage. Wenn man in der letzten Zeit die Ansichtsäußerungen eines Teils der sozialdemokratischen Zeitungen verfolgt hat, so mußte man sich fragen, ob hier immer im nötigen Maße zwischen Theorie und Praxis respektive zwischen dauernd Erstrebenswertem und politisch momentan Erreichbarem unterschieden worden ist. Und man mußte sich weiter fragen, ob nicht, in allzu starrer Gedankenfixierung auf das Theoretische und Dogmatische, Uebertreibungen unterlaufen sind, die dem künftigen Sichverstehenlernen der beiden großen produktiv arbeitenden Berufsschichten Hemmnisse in den Weg legen. Die Schwierigkeiten, die hie und da zwischen die zarten Schößlinge bäuerlich-sozialistischer Verständigungspolitik gestreut werden, hüben und drüben, die scheinen mir ebenso bedauerlich zu sein wie die Schwierigkeiten, die man jenen Menschen in den Weg legt, die für eine französisch-deutsche Verständigung eintreten. Einmal muß ja die Vernunft und die Entwicklung doch siegen. Zwischen heute und dem Einmal aber sind natürlicherweise so große Zwischenräume, daß Unerwünschtes und für Bauern und Arbeiter Unheilvolles genug geschehen kann, wenn man die Fragen, für die man sich gegenseitig interessiert, nicht mit ebenso großer Objektivität wie gegenseitigem Wohlwollen prüft. Es wäre nicht schwer, nachzuweisen, wie dieses Wohlwollen der Prüfung auf bäuerlicher Seite den Arbeiterpostulaten gegenüber sehr oft fehlt. Es ist dem Arbeiter z. B. nicht verständlich, wenn ein Postulat seiner Mandatare auf *Prüfung* der Errichtung eines kantonalen Fabrikinspektorates von bäuerlicher Seite entsprechend den Intentionen des Kapitals einfach abgelehnt wird. Die Reihe wäre ad infinitum zu vermehren. Aber das ist es eben: Solange der

wesentliche Inhalt der gegenseitigen Politik zweier durch ihren Arbeitscharakter bis zu einem gewissen Grade schicksalsverwandter Bevölkerungsgruppen darin besteht, einander das Trennende vorzuhalten und das Einigende zu verschweigen, so lange muß diese Politik für beide Teile unfruchtbar sein. Hier steht nicht zur Diskussion, wo die größere Anhäufung von Schuld zu suchen ist. Hier soll nur gefragt werden, ob nicht auch auf unserer Seite gelegentlich Politik getrieben wird, die dem bäuerlichen «Gegner» ebenso unverständlich sein muß wie dem Arbeiter das oben erwähnte Beispiel vom zu errichtenden kantonal-bernischen Fabrikinspektorat. Diese Frage aber, so scheint mir wenigstens, ist zu bejahen. Die Bauern haben kürzlich wieder versucht — zu einem wesentlichen Teil mit Erfolg —, auf Grund von Grenzmaßnahmen ihr Einkommen zu verbessern. Die Theorie, daß dem Bauer auf diese Weise dauerhaft nicht geholfen werden kann, besteht zu Recht. Aber neben der theoretischen Frage besteht noch die praktische, ob dem Bauer angesichts aller Umstände und der Schwerfälligkeit unseres gesetzgebenden Apparates diesen Herbst etwas anderes übrig blieb, als Grenzmaßnahmen zu verlangen. Es sei hier angenommen, was auf kurze Frist berechnet durchaus nicht selbstverständlich ist, daß die bäuerlichen Verlangen nicht nur theoretisch falsch waren (was unbestritten ist bei uns), sondern daß *praktisch* andere Hilfsmaßnahmen hätten in Betracht fallen können. In diesem Falle wäre der Kampf gegen die Postulate der Landwirtschaft unter allen Umständen gegeben gewesen. Aber unter Kampf, der mehr ist als Selbstzweck, verstehe ich das Gegeneinanderausspielen von sachlichen, die eigene These stützenden Argumenten unter Ausschaltung aller jener Uebertreibungen und vielleicht Unrichtigkeiten, die à la longue nicht die eigene Position, sondern die des Gegners stärken. Man soll es nicht bestreiten: es gibt recht viele Genossen, die finden, daß man sich gelegentlich die Auseinandersetzungen mit der Landwirtschaft ebenso leicht macht wie diese die Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft. Auch wenn die landwirtschaftliche Politik falsch ist, so muß man sich doch sagen, daß ihr *Zweck*, die Besserstellung des Bauern, unseren Absichten nicht widerspricht. Selbstverständlich muß sich der Arbeiter, als der im Durchschnitt schlechtest gestellte Berufstätige, dagegen wehren, daß man ihm etwas nimmt, um es ändern zu geben. Aber uns interessiert doch auch die Frage, ob ein einmal eingetretener Verlust auf Arbeiterseite nicht schwerer einzubringen ist, wenn der Kampf, anstatt gegen das «klassische» Kapital, in erster Linie gegen einzelne bäuerliche Forderungen gerichtet wird, deren Berechtigung und Wirksamkeit im Endeffekt von uns vielleicht mit Recht bestritten werden kann, die aber von den Bauern im Moment als lebenswichtig erklärt werden.

Wie liegen übrigens in der Gegenwart die Dinge? Man hat in letzter Zeit oft von Teuerung gesprochen. Aber die Indexzahlen sind so, daß im Kleinhandel höchstens von einer ganz leichten *Tendenz* zu Preiserhöhungen gesprochen werden kann, wenn man mit dem Vorjahr vergleicht, und von einer *leichten Preiserhöhung* nur im Vergleich zu früheren Monaten dieses Jahres. Aber die Schwankungen hielten sich bis dahin in so engen Grenzen, daß es kaum angängig wäre, etwa in einer Konjunkturstudie dieser Erscheinung allzu großes Gewicht beizulegen. Des Rätsels Lösung ist nicht schwer: nicht alle Zollmaßnahmen haben zu einer *absoluten* Verteuerung der Waren geführt. Bei den Kartoffeln z. B. kann man nicht einfach die Zollerhöhung von zwei Franken als Teuerung in Anrechnung bringen. Man muß auch in Betracht ziehen, daß die Kartoffeln im Preise gefallen sind, daß somit in Kartoffeln eine nur *relative* Teuerung eintrat, resp. daß hier der Mehrzoll die Funktion einer Preisfallbremse nicht eines Preiselevatoren inne hat. Wenn man in Uebersehung dieser Erscheinung auf eine Teuerung abstellt, so erweckt man den Eindruck, als wäre der Bauer viel bessergestellt worden, als es in Wirklichkeit der Fall war. Die Folge ist dann eine doppelte Spannung zwischen Bauer und Arbeiter, weil der Arbeiter, der immer noch in keiner Weise genügend entlohnt ist, in seiner Blickrichtung vom Kapital zum Bauern hin verschoben wird, und weil der Bauer, der für vielerlei nicht mehr, ja sogar weniger bekommt als vorher, die Argumente der Sozialdemokraten als böswillig betrachtet. Die Mentalität, die so entsteht, ist keineswegs vorteilhaft für die Arbeiterschaft ländlicher Gegenden. Das Leihkapital, für das wir mit Preisabbauargumenten jeweils unbewußterweise aber auch gratis kämpfen, wird uns auch im schlimmsten Fall weniger Dank wissen als die Landwirtschaft. Denn wie auch die momentanen politischen Dinge zwischen Bauern und Arbeitern liegen mögen: das Finanzkapital als reinster Ausdruck kapitalistischen Verwertungsprozesses ist der gemeinsame Gegner. Daß im kapitalistischen Prozeß aus Geld mehr Geld wird, das ist, sagt Marx vom Kapitalisten, der Kasus, der ihn lachen macht. Aber es gibt einen Kasus, der den Kapitalisten noch weit mehr lachen macht: das ist der unheilvolle Streit zwischen Bauer und Arbeiter selbst auf jenen Gebieten, da nicht weltanschauliche Fragen trennend zwischen die Arbeitsbrüder treten. — Noch auf eine andere Weise wird der Kampf in der Agrarfrage mit unsicheren Argumenten geführt: man sagt, die Exportindustrie könne nicht mehr exportieren, wenn die Lebenshaltung etwas teurer werde. Ganz abgesehen von den sehr geringen Schwankungen des Lebensmittelindex ist das ein recht gefährliches Argument, denn es setzt als gegeben voraus, daß die Exportindustrie Kosten nur im Lohn sparen kann und zu soviel Ge-

winn berechtigt sei, wie sie jetzt erzielt. Nur unter diesen Voraussetzungen würde sich aus einer preislich erzwungenen Lohn-erhöhung eine so schwerwiegende Konsequenz für die Export-industrie ergeben. Ohne eingehende Untersuchung der Ver-hältnisse sind aber offenbar Schlüsse zu weitgehend, die be-sagen, daß die Exportindustrie schlechthin auch leichte Lohn-erhöhungen nicht mehr ertragen könnte. Man müßte dann zum allermindesten eine Detaillierung der Industrien vornehmen. Aber nun kommt vorläufig ein merkliches Steigen des Index offenbar nicht in Frage, da, wie eben zu lesen war, der Milch-preis sinkende Tendenz aufweist. Und hier beginnt in der Wirt-schaftspolitik die Psychologie eine gewichtige Rolle zu spielen. Der Bauer mag allerlei begreifen: aber er begreift niemals, daß er ein Egoist und Lebensverteurer sein soll, wenn er zuerst viele Zentner Mostobst verfaulen lassen muß, um den Rest endlich für Fr. 2.50 pro 100 Kilogramm an Mann zu bringen, einige Tage bevor er erfährt, daß sein Lohn oder Erlös, bei gleich hohen fixen Kosten, um die hohe Summe gekürzt wird, die sich in einem Milchpreisfall von zwei Rappen je Liter aus-drückt. In solchen Momenten verzweifelt namentlich der kleine Bauer an der Welt, genau wie der Arbeiter, dem der Lohn nicht langt. In solchen Momenten kann man mit ihm über den Segen eines Wirtschaftssystems reden, das ihm bei leeren Kellern der Arbeiterschaft die Früchte seines Fleißes zum Verfaulen bringt. Aber wie soll er sich im Wirrwarr des Lebens zurechtfinden, wie soll er sozialistischen Gedanken zugänglich werden, wenn er von dorthen, von wo er vielleicht nicht Hilfe, aber doch Ver-ständnis erwartet (in einem Moment, den er als Katastrophen-moment empfindet), nur ein Lächeln zu sehen vermag? Das sind Dinge, die man sich überlegen muß, selbst dann, wenn man der Ansicht sein sollte, daß Propaganda bei der Landwirt-schaft ohnehin wenig Erfolg haben werde. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt der Proselytenmacherei. Wo die Politik der Arbeiter und der Bauern gemeinsam sein wird, da wird diese Ge-meinsamkeit wohl stets eine Gemeinsamkeit an sich verschie-dener Gruppen sein, der souveränen Bauern*organisationen* und der souveränen Arbeiter*organisationen*. Solange wir aber die Nöte des eigentlichen, wirklich produktiven Bauers nicht bes-ser verstehen lernen, und umgekehrt, so lange werden wir den Bauer und der Bauer uns bekämpfen, anstatt — was so überaus nötig wäre — zu versuchen, das mächtig sich gruppierende und organisierende Kapital wenigstens in seinem tollsten Gebaren und in seinen monopolistisch preistreibenden Entwicklungs-linien zu kontrollieren. Statt dessen bekämpfen wir uns an Fronten, wo kein Kampf sein müßte und beachten nicht die höl-zernen Pferde, die uns das Bankkapital und die vereinigten Verwaltungsräte aller Länder in unser Troja stellen. Und dieses

Nichtbeachten des ränkereichen Spieles, das ist der dritte Kasus, der den Kapitalisten lachen macht. Wir streiten um Punkte des Index, die keine anderthalb Prozente ausmachen, der Bauer streitet wider unsern Lohn, derweil zwei der größten aller Welt-trusts und monopolistischen Verdienner in unserem Lande den Verband schweizerischer Markenartikelfabrikanten gründen, der zweifellos kein Kegelklub sein wird*. Wir rechnen einander Bruchteile der Löhne und Preise aus und lassen die «alpinsten» Ereignisse unserer Zeit, geschehen sie nun hier oder dort, ruhig wie ein Segelboot durch die Zeiten gleiten. In den Gremien der Banken entscheiden sich die Grundlagen für die Gesetze der künftigen Währung, für Gesetze, die ganz anders als ein Kartoffelzoll unter Umständen den Index jagen. Und wir beide, Bauer und Arbeiter, vernehmen das Nötige von der Agentur. In der Welt fragt man sich, ob «Sofina» nächstes Jahr wieder 100 Prozent bezahlen werde, und man streitet sich, ob ein «Aku»-Verwaltungsrat nur 200,000 Mark oder deren 600,000 als jährliche *Tantieme* kriege. Aber wir finden die Distanzen der Weltanschauungen zu astral, um in Dingen der Oekonomie wenigstens in den großen Linien einer gemeinsamen Anschauung zu huldigen.

Keine Frage, die landwirtschaftliche Politik begeht schwere Fehler der Arbeiterschaft gegenüber. Aber unsere Fehler sind auch nicht sehr leicht. Im Schatten dieser Fehler entwickelt sich in ungehemmter Weise, frei von jeder öffentlichen Kontrolle, namentlich das privat-monopolistische Kapital. — Und es erachtet wohl, daß es schon lateinisch deklinieren muß, um auch den letzten Kasus noch zu finden, der es lachen macht.

Auf Vorposten der Demokratie.

Der Kampf um Wien.

Von *Oskar Pollak*, Wien.

Oesterreichs Sozialisten haben durch zehn Jahre, stark und stolz, eine Stellung behauptet, die ein wahrer Vorposten der internationalen Arbeiterbewegung ist. Zwei Stunden östlich von Wien verläuft die Grenze nicht nur Oesterreichs, sondern der Demokratie. Zwei Stunden östlich von Wien gibt es kein Land mit freier Arbeiterbewegung, keines (mit der zeitweiligen Ausnahme von Rumänien), in dem die Möglichkeit freier, demokratischer Wahlen besteht. Von den sechs Nachbarländern

* Van den Bergh-Jürgens und Lever Brothers, die jetzt vereinigten Fett- und Seifentrusts.